



Detailansicht des Registereintrags

Verband Internet Reisevertrieb e. V.

Aktuell seit 27.08.2026 13:58:56

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000389
Ersteintrag:	10.02.2022
Letzte Änderung:	27.08.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation
Kontaktdaten:	Adresse: Leonhardsweg 2 82008 Unterhaching Deutschland Telefonnummer: +4989453574370 E-Mail-Adressen: info@v-i-r.de Webseiten: https://v-i-r.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Sonstiges, Öffentliche Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

80.001 bis 90.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1,50

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Michael Buller**

Funktion: Vorstand VIR

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (6):**1. Jacqueline Petzinger****2. Solveig Mayer****3. Laura Nickchen****4. Tamara Niedermair****5. Elisa Kornfeld****6. Michael Buller****Gesamtzahl der Mitglieder:**

81 Mitglieder am 30.06.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (2):

1. Aktionsbündnis Tourismusvielfalt (ATV)
2. Denkfabrik Union der Wirtschaft e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (19):

EU-Gesetzgebung; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Tourismus; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Luft- und Raumfahrt; Personenverkehr; Schienenverkehr; Schifffahrt; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Verband Internet Reisevertrieb e. V. (VIR) ist der Interessenverband der deutschen digitalen Reiseindustrie und vertritt diese als Ansprechpartner in der Öffentlichkeit. Grundlagen der Arbeit des Verbands sind die Vernetzung, der Erfahrungsaustausch und die Kollaboration zwischen den Mitgliedern und externen Akteurinnen und Akteuren aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Medien und Politik. Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, geführt, die als Rahmenbedingungen für die Verbandstätigkeit, auch im Hinblick auf die Situation der Beschäftigten des Unternehmens und der

Mitglieder, von großer Bedeutung sind. Dabei geht es unter anderem um die Pauschalreiserichtlinie, Lieferketten, Wettbewerb, Meldepflicht für digitale Plattformen und Streitbeilegung. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der Praxis zu vermitteln und Impulse zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage zu geben.

Um die Rahmenbedingungen für die Digital-Touristik zu verbessern, unterhalten wir einen „interfraktionellen Dialog“. Mithilfe von Positionspapieren informieren wir über Herausforderungen und Potenziale der Digital-Touristik und machen Vorschläge für gesetzliche Regelungen zur Förderung des digitalen Tourismus. Des Weiteren vernetzt der Verband seine Mitglieder mit Politikerinnen und Politikern, um den direkten Dialog zu fördern. Es werden Fachveranstaltungen und Podien organisiert, aber auch unmittelbar Stellungnahmen und Gutachten veröffentlicht und/oder an Abgeordnete sowie an die Bundesregierung übermittelt.

Konkrete Regelungsvorhaben (12)

1. Beibehaltung und Erweiterung um Marktversagen bei der Revision Pauschalreiserichtlinie

Beschreibung:

Wir beziehen uns auf die Richtlinie des europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie EU 2015/2302 zur wirksameren Gestaltung des Schutzes von Reisenden und zur Vereinfachung und Klarstellung bestimmter Aspekte der Richtlinie vom 29.11.2023. Grundsätzlich hat sich die Pauschalreiserichtlinie in ihrer jetzigen Form im alltäglichen Geschäft bewährt. Dies gilt jedoch explizit nicht für die Corona-Pandemie als ein Ereignis eines weltweiten Marktversagens. Für einen solchen außergewöhnlichen Fall war die Pauschalreiserichtlinie nie vorgesehen. Statt also die wichtigste Forderung zu berücksichtigen, werden stattdessen weitere Hürden und Erschwernisse eingeführt, die im Resultat das Produkt Pauschalreise nur teurer und damit unattraktiver machen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 24/24 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie (EU) 2015/2302 zur wirksameren Gestaltung des Schutzes von Reisenden und zur Vereinfachung und Klarstellung bestimmter Aspekte der Richtlinie

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Handel und Dienstleistungen [\[alle RV hierzu\]](#); Personenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#); Tourismus [\[alle RV hierzu\]](#); Verbraucherschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2406260198** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.05.2024 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

2. SG2509230018 (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.09.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. Umsetzung der EU-Verordnung zur Kurzzeitvermietung

Beschreibung:

Ziel ist es, eine effektive und erfolgreiche Umsetzung der verabschiedeten EU-Verordnung zur Kurzzeitvermietung innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Übergangsfrist in Deutschland, insbesondere im Hinblick auf digitale Registrierungsverfahren, zu begleiten und zu unterstützen (bis Frühjahr 2026). Angestrebt ist ein bundesweit technisch einheitlichen Rahmen für

Registrierungsverfahren, um Fragmentierung und bürokratische Lasten zu minimieren. Hierzu sollen Potenziale der Digitalisierung genutzt werden, um Markttransparenz für Behörden zu schaffen, Verwaltungsprozesse zu verschlanken und Bürokratie abzubauen und gleichzeitig das Potential der Kurzzeitvermietung bestmöglich zu nutzen.

Referentenentwurf:

Referentenentwurf eines Kurzzeitvermietung-Datenaustausch-Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2024/1028 (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 12.11.2024

Federführendes Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Tourismus [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2411220016 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2509220021 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.09.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG dorthin\]](#)

3. **SG2512170014** (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG dorthin\]](#)

3. **EU Mehrwertsteuerpaket im digitalen Zeitalter (VAT in the Digital Age)**

Beschreibung:

Ziel, ist es unsere großen Bedenken bzgl. des Standes der Diskussionen im Rat über das Mehrwertsteuerpaket im digitalen Zeitalter (ViDA) zu äußern, insb. hinsichtlich der Anwendung des "deemed supplier regime" (DSR) für bestimmte Dienstleistungen. Dies wird zu einer Schieflage im Tourismusmarkt führen, die Verbraucher, Unterkunftsanbieter und Online-Plattformen gleichermaßen negativ treffen wird. Das DSR würde in Deutschland eine Mehrwertsteuerpflicht für Dienstleistungen einführen, die bislang von der Mehrwertsteuer ausgenommen sind.

Interessenbereiche:

E-Commerce [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#); Tourismus [\[alle RV hierzu\]](#)

4. **Umsetzung des Entwurfes des Mobilitätsdatengesetz**

Beschreibung:

Wir beziehen uns auf den Entwurf zum Mobilitätsdatengesetz, der in der Verbändeanhörung vom 27.05.2024 vorgestellt wurde. Der Entwurf sollte in den Punkten Digitale Daten, Registrierungspflicht der Datennutzer, Zwangsgelder und Nationaler Zugangspunkt angepasst werden. Ziel ist es, eine möglichst große digitale Datenbasis zur Verfügung zu stellen, in der die Luftfahrtindustrie ebenfalls integriert ist.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 496/24 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Bereitstellung und Nutzung von Mobilitätsdaten und zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMDV (20. WP) [\[alle RV hierzu\]](#)

Zuvor:

Referentenentwurf (BMDV) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Bereitstellung und Nutzung von Mobilitätsdaten und zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes (Vorgang)

Interessenbereiche:

Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); Personenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#); Tourismus [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406260208](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[\[alle SG dorthin\]](#)

5. [Anpassungen der Richtlinie zur Außergerichtlichen Streitbeilegung 2013/11/EU](#)

Beschreibung:

Bei der Anpassung der Richtlinie zur außergerichtlichen Streitbeilegung (2013/11/EU) und der Empfehlung über Qualitätsanforderungen an Streitbeilegungsverfahren von Online-Marktplätzen und Wirtschaftsverbänden sollen die bestehenden und bewährten Strukturen, die sowohl für Verbraucherinnen und Verbraucher als auch für Unternehmen eine Alternative zum Gerichtsweg bieten, erhalten bleiben. Die Grenzen zwischen internen Beschwerdemechanismen, Schlichtung, Verbraucherberatung und weiterer Rechtsdurchsetzung dürfen nicht verwischt werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 581/23 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2013/11/EU über die alternative Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten sowie der Richtlinien (EU) 2015/2302, (EU) 2019/2161 und (EU) 2020/1828

Betroffenes geltendes Recht:

VSBG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Tourismus [\[alle RV hierzu\]](#); Verbraucherschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406270105](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

6. [Wiederaufnahme der Revision der Fluggastrechte-Verordnung](#)

Beschreibung:

Die Fluggastrechte-Verordnung ist ein wichtiges Instrument für den Verbraucherschutz im Luftverkehr. Wir fordern eine Transparenzpflicht für Fluggesellschaften, um die Bearbeitung der Verbraucherbeschwerden sichtbar zu machen. Gleichzeitig ist eine EU-weite Datenbank zur Erfassung von Annullierungen und Verspätungen einzurichten. Zudem ist eine Vereinheitlichung von Fluggastrechte-Verordnung und Pauschalreiserichtlinie (Artikel 12 (2)) dringend erforderlich. Des Weiteren sollte ein obligatorisches Insolvenzschutzsystem für den Luftverkehrssektor in die Verordnung aufgenommen werden.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Personenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#); Tourismus [\[alle RV hierzu\]](#); Verbraucherschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Verkehrspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2503200016](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.03.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[\[alle SG dorthin\]](#)

7. **Forderungen anlässlich der Bundestagswahl 2025**

Beschreibung:

Gemeinsame Positionierung der Tourismus-, Geschäftsreise-, Messe- und Veranstaltungswirtschaft im Rahmen der Bundestagswahl 2025.

Interessenbereiche:

Handel und Dienstleistungen [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#); Personenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#); Schienenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#); Tourismus [\[alle RV hierzu\]](#); Verkehrsinfrastruktur [\[alle RV hierzu\]](#); Verkehrspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2504040036](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.12.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)
Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

8. **Digitalisierung im Tourismus: Chancen sichern**

Beschreibung:

Die Bedeutung der Digitalisierung im Tourismus und damit verbunden die Chancen für den Mittelstand und VerbraucherInnen sollen verdeutlicht werden. Dabei sind insbesondere der Zugang zu Märkten sowie die Erhöhung von Transparenz ein wichtiger Schritt, um das wirtschaftliche Potenzial in Europa zu sichern und auszubauen.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Tourismus [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2512170019 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

9. **Ausweitung der PStTG auf Drittstaaten (DPI MCAA)**

Beschreibung:

Zur Bekämpfung von grenzüberschreitender Steuerhinterziehung und für eine faire, international koordinierende Besteuerung der Plattformökonomie ist das Plattformen-Steuertransparenzgesetz (PStTG) sowie seine Ausweitung auf Drittstaaten eine wichtige Maßnahme. Ziel ist es, auf die Ausgestaltung der Regelungen zur Erweiterung des Anwendungsbereichs Einfluss zu nehmen, insbesondere im Hinblick auf eine vorgelagerte Prüfung der bestehenden Meldepflichten, deren Wirkungen sowie des entstehenden Erfüllungsaufwandes und die Berücksichtigung entsprechender Evaluierungs- und Nachweiserfordernisse.

Referentenentwurf:

Gesetz zu der Mehrseitigen Vereinbarung vom 26. November 2024 zwischen den zuständigen Behörden über den automatischen Austausch von Informationen über Einkünfte, die mittels digitaler Plattformen erzielt wurden (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 24.03.2026

Federführendes Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2604300001 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

10. Gesetzesentwurf zur Ermöglichung der digitalen Fluggastabfertigung

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist die Begleitung des Gesetzesentwurfs zur Digitalisierung der Fluggastabfertigung mit dem Ziel, Regelungen zur automatisierten Dokumenten- und Identitätsprüfung auszugestalten. Dabei soll insbesondere auf die Ausgestaltung digitaler Prozessschritte, die Einbindung von Identitätsprüfungen in vorgelagerte Prozesse sowie auf die Berücksichtigung europäischer digitaler Identitätslösungen (EUDI Wallet) hingewirkt werden.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Ermöglichung der digitalen Fluggastabfertigung (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 24.02.2026

Federführendes Ministerium: BMV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

LuftVG [alle RV hierzu]; PaßG 1986 [alle RV hierzu]; PAuswG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Tourismus [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2604300003 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

11. Nationale Umsetzung des Digitale Identitätengesetz (DIdG)

Beschreibung:

Gegenstand der Interessenvertretung ist der Gesetzesentwurf zur Einführung einer Digitalen Identität sowie zur Umsetzung der eIDAS-2.0-Verordnung auf nationaler Ebene, welcher begrüßt und als wichtige Entwicklung angesehen wird. Ziel ist es, auf die Ausgestaltung der Regelungen Einfluss zu nehmen, insbesondere im Hinblick auf die Registrierungsvoraussetzungen für Unternehmen mit Sitz in Drittstaaten, die Ausgestaltung von Akzeptanzpflichten, die Regelungen zur Kostenabschätzung und Zweckbindung beim Datenabruf sowie die Sicherstellung der technischen Interoperabilität nationaler Wallet-Lösungen innerhalb der Europäischen Union.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes über die Europäische Brieftasche für die Digitale Identität und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften (Digitale Identitätengesetz - DIdG) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 26.03.2026

Federführendes Ministerium: BMDS [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Tourismus [alle RV hierzu]

12. **Vorschlag für eine Verordnung der europäischen Parlaments und des Rates über multitmodales Buchen**

Beschreibung:

Die Interessenvertretung bezieht sich auf die Ausgestaltung der regulatorischen Rahmenbedingungen für digitale Mobilitäts- und Buchungsplattformen sowie Verkehrsunternehmen. Ziel ist die Aufnahme von Regelungen zum diskriminierungsfreien und vollständigen Zugang zu Verkehrs- und Buchungsdaten aller Verkehrsträger, die Herstellung ausgewogener Rechte und Pflichten zwischen Verkehrsunternehmen und Vertriebsplattformen, die Anpassung von Transparenz-, Ranking-, Datenbereitstellungs- und Meldepflichten sowie die Überprüfung von Marktpräsenzschiwellen und Übergangsregelungen.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Tourismus [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2608270007 (PDF - 23 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.08.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. Investitionsbank Berlin

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Berlin

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Kongressfonds für nachhaltiges Tagen

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

430.001 bis 440.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[Vorläufiger-VIR-Rechenschaftsbericht-des-Geschäftsjahres-2025.pdf](#)